

Beilage des NSG.-Wien

Nachrichten aus  
der Verwaltung  
der  
Stadt Wien

Derantwortlich für den Gesamtinhalt:

Gaupresseamtsleiter  
Ernst Handschmann

Derantwortl. Schriftleiter:

Hans Mücke / Wien, I.,  
Rathaus / fernr. N 28.500  
Klappen 069, 548, 002



# Rathaus Korrespondenz

HERAUSGEG. VOM GAUPRESSEAMT IN VERBINDG. MIT DEM HAUPTVERWALTUNGS- U. ORGANISATIONSAMT D. STADT WIEN.

Wien, 20. November 1939.

Behelfe zur Berichterstattung über die  
Sitzung der Ratsherren der Stadt Wien

am 20. November 1939 im Wiener Rathaus

(Gegliedert nach den Postnummern der beiliegenden Tagesordnung)

Post Nr. 1. Zu Schriftführern wurden bestellt: Ratsherr Kreisleiter  
Hans Dörfler, Ratsherr SS-Obersturmführer Karl Gratzenberger.

Beerdigung des Gaugeschäftsführers Heinrich Laube als  
Ratsherr.

Post Nr. 2. Bericht des Leiters des Hauptverwaltungs- und Organisa-  
tionsamtes Beigeordneter Kreisleiter Dr. Wolfgang Scholz:

Gemäss § 55 der Deutschen Gemeindeordnung ist über die  
Art der Erledigung von Angelegenheiten, bei denen wegen Dringlich-  
keit von einer Beratung mit den Ratsherren abgesehen werden musste,  
bei der nächsten Sitzung Mitteilung zu machen.

Im Sinne dieser gesetzlichen Bestimmung berichte ich  
über folgende Genehmigungen des Reichskommissars bzw. des Bürger-  
meisters, Stadtkämmerers und der zuständigen Beigeordneten: Der He-  
besatz für die Bürgersteuer wurde für das Jahr 1940 in der gleichen  
Höhe wie für 1939 mit 500 vom Hundert festgesetzt.

Dem Reichsgau Niederdonau wurden über sein Ansuchen im  
Interesse der einheitlichen Ausrichtung der Elektrizitätswirtschaft  
in diesem Gau die im Besitze der Stadt Wien befindlichen Aktien der  
"NEWAG", und zwar 75.460 Stück gegen Abtretung seines

Besitzes an Grundstücken aus der Liquidation der Donau-Regulierungskommission und der Kommission für Verkehrsanlagen sowie einer Reihe von Häusern und Baugründen in Wien übertragen.

Das ehemalige Gebäude der Bodenkreditanstalt, das in den Besitz der Stadt Wien übergegangen war und wofür eine entsprechende Verwendung für städtische Zwecke nicht gefunden werden konnte, wurde der Gauwerke Niederdonau A.G. um 556.247 Reichsmark verkauft. Dieser Verkauf bedarf noch der aufsichtsbehördlichen Genehmigung.

Aus Zweckmässigkeitsgründen wurden die noch im Besitze der Hoheitsverwaltung befindlichen alten "Teerag-Aktien" derart abgestossen, dass nunmehr die Rütgerswerke A.G. und die städtischen Gaswerke die Hälfte dieser Aktien, das sind je 38.158 Stück besitzen.

An Projekten für städtische Wohnhausbauten wurden genehmigt: 5., Wimmergasse - Bacherplatz, 4., Siebenbrunnengasse, 10., Ettenreichgasse, Columbusgasse, Wienerfeld-West, 11., Lorystrasse, 12., Moosbruggergasse, Wolfganggasse, 14., Dreyhausenstrasse, 15., Schönerergasse, Tellgasse sowie die Siedlungsanlage, 16., Wur-litzergasse. Die Baukosten sind mit insgesamt rund 8,560.000 RM veranschlagt. Zur Deckung dieser Kosten werden auch Reichsmittel und erste Hypotheken der Zentralsparkasse in Anspruch genommen.

Ausserdem wurde eine grosse Anzahl von Käufen und Verkäufen von Grundstücken getätigt, insbesondere zu dem Zwecke, die entsprechenden Flächen zu Siedlungsbauten zu erhalten. Ein Verzeichnis hierüber liegt im Sitzungssaale zur Einsichtnahme auf.

Von Interesse ist die Errichtung einer Frauenmilchsammelstelle in der Zentralkinderübernahmestelle als einer Massnahme zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit. Die überschüssige Milch milchreicher Mütter - in Wien schätzungsweise 150 Liter täglich - wird dieser Sammelstelle zugeführt und auf diese Weise dieses einzig richtige Nahrungsmittel für Säuglinge sichergestellt.

Zum Schlusse möchte ich noch bekanntgeben, dass die Umgestaltung der städtischen Ämter im Sinne der vom Reichskommissar

erlassenen und mit 16. Oktober d.J. in Kraft getretenen vorläufigen Geschäftseinteilung der Gemeindeverwaltung des Reichsgaues Wien in voller Durchführung begriffen ist. Hinsichtlich der Einzelheiten dieser Geschäftseinteilung darf ich auf die Veröffentlichung verweisen, die den Herren kürzlich zugegangen ist.

Es sind in der Zwischenzeit Anregungen und Wünsche wegen Änderung dieser Geschäftseinteilung eingelangt, die eingehend geprüft werden und in der für 1. April 1940 in Aussicht genommenen endgültigen Geschäftseinteilung Berücksichtigung finden sollen.

Ich bitte, von diesen Mitteilungen Kenntnis nehmen zu wollen.

Post Nr. 3. Siehe Sonderbeilage.

Post Nr. 4. Bericht des Stadtkämmerers Kreisleiter Jakob Knissel über die Finanzierung der Wohnbau- und Siedlungstätigkeit:

Eines der schwierigsten Probleme im Reichsgau Wien ist das Wohnungs-Problem. Die Stadtverwaltung ist sich darüber klar, dass dieses Problem nicht gelöst werden kann, ohne weitestgehende Förderung durch die Stadt, insbesondere des Wohnbau- und Siedlungswesens.

Die Förderung der Stadt aber muss sich im Rahmen ihrer Finanzwirtschaft und ihrer Finanzpolitik bewegen. Aus diesem Grunde erachte ich es als notwendig, die Grundsätze und Möglichkeiten festzulegen, unter denen grössere oder kleinere Wohnbau- und Siedlungsprogramme gefördert werden können.

Nach Zustimmung des Bürgermeisters und der Beigeordneten Dr. Tavs und Ing. Laub und nach der Bestätigung durch den Gauleiter sollen folgende Wohnbauförderungsbedingungen seitens der Stadt festgelegt werden:

Soweit die Stadt selbst nicht als Bauträger auftreten kann, soll die Bautätigkeit, insbesondere der gemeinnützigen Bau- und Siedlungs-Gesellschaft so stark wie möglich eingesetzt werden. Die Stadt stellt nach Massgabe ihres Baugrundbesitzes Baugründe zur Verfügung unter folgenden Bedingungen:

1.) Der Kaufpreis für die Baugründe wird in Anlehnung an den Schätzwert festgesetzt,

2.) der Kaufpreis wird nach grundbücherlicher Sicherung gestundet bis nach Ablauf der Verzinsungs- und Tilgungsverpflichtung aus der ersten Hypothek (37 Jahre). Vom Tage der tilgungsplanmässigen Abstattung der ersten Hypothek erfolgt die Rückzahlung des Kaufpreises, einschliesslich eines, für Gemeindedarlehen üblichen Zinssatzes ab diesem Tage in Höhe des jährlichen Betrages der Verzinsungs- und Tilgungsverpflichtung aus der ersten Hypothek.

3.) Für die Stadt Wien wird ein Wiederkaufsrecht nach dem Buchwert eingetragen, mit der Verpflichtung zur vorschriftsmässigen Wertabschreibung und zur Sicherung dieses Rechtes ein Belastungsverbot ausgesprochen.

4.) Die Aufschliessungskosten werden zur Hälfte, je nach Anfall, von der Stadt Wien getragen, während die andere Hälfte sofort in Verrechnung zu nehmen ist; dementsprechend also bei Beginn der Aufschliessung die Hälfte der veranschlagten Kosten zu verzinsen und zu tilgen ist, mit 1%iger Tilgung zuzüglich ersparter Zinsen und einem für Gemeindedarlehen üblichen Zinssatz.

5.) Die Gemeindeverwaltung Wien erhält das Recht der wirtschaftlichen und technischen Überwachung der gemeinnützigen Baugesellschaften, jedoch wird die Stadtverwaltung auf die Dauer der Gemeinnützigkeit der Gesellschaft die Aufsicht der staatlichen Organe als genügend ansehen.

6.) In den Fällen, in welchen die Stadt als Bauträger auftritt, sind die Eigenmittel der Stadt mit 3 % zu verzinsen und mit 1 % zuzüglich ersparter Zinsen zu tilgen.

Die Stadtverwaltung hofft unter diesen Bedingungen die Bautätigkeit in erhöhtem Masse anzuregen.

Post Nr. 5. Entfällt.

Post Nr. 6. Bericht des Stadtkämmerers Kreisleiter Jakob Knissel über die Übernahme von Aktien der Wiener Porzellanfabrik "Augarten", A.G.

Bei der Übernahme von Aktien der Wiener Porzellanfabrik "Augarten" A.G. wird die Stadtverwaltung aus ideellen Motiven bestimmt. Es handelt sich darum, dass ein typischer Wiener Wirtschaftszweig am Leben erhalten bleibt, so wie dies in der Produktion der wi-

Wiener Porzellanfabrik "Augarten" A.G. zum Ausdruck kommt. Das Gesellschaftskapital der Wiener Porzellanfabrik "Augarten" A.G. beträgt 400.000 RM. Der Hauptaktionär ist Dr. Siegfried Ilse mit rund 85%. Die Stadt Wien war bisher mit 250 Aktien beteiligt. Ausgegeben sind 60.000 Aktien zum Nominale von 10 S. Die Sanierungsbilanz ergibt einen Schätzwert des Unternehmens von rund 300.000 RM. Der Grossaktionär Dr. Siegfried Ilse hat ein Anbot auf Abtretung von 24.000 Aktien, d.s. 40% des Aktienkapitals, an die Stadt Wien gemacht zum Preise von 116.618.16 RM. Der rechnungsmässige Wert des Aktien-Paketes beläuft sich auf 120.000 RM, die Börsen-Umsatzsteuer mit 1 1/2 % vom Verkaufswert, trägt der Verkäufer.

In Anbetracht der ohnehin knappen Betriebsmittel und der infolge des Krieges bestehenden Passivität des Unternehmens muss mit der Notwendigkeit der Zuführung von Betriebsmittel gerechnet werden. Einer Bedingung der Stadtverwaltung entsprechend, hat Dr. S. Ilse sich bereit erklärt, von dem ihm durch die Stadt Wien zur Auszahlung gelangenden Kaufpreis, 50.000 RM zu 4% auf die Dauer von 2 Jahren als Betriebs-Kredit zur Verfügung zu stellen.

Dem Anbot wird entsprochen.

Post Nr. 7. Entfällt.

Post Nr. 8. Bericht des Leiters der Hauptabteilung für kulturelle Angelegenheiten, Beigeordneter Ing. Hanns Blaschke, über einen Anbau an die Wiener Volksoper:

Die Theaterdekoriationsgegenstände der Wiener Volksoper sind derzeit in einem Theatermagazin in der Gersthoferstrasse untergebracht. Die Zufuhr dieser Gegenstände verursacht nicht nur beträchtliche Kosten, sondern die Dekorationen werden durch die Witterungsunbilden, denen sie beim Transport ausgesetzt sind, sehr in Mitleidenschaft gezogen. Um dem abzuhelpen soll an der dem Gürtel zu gelegenen Seite des Theatergebäudes, anschliessend an die Bühne, unter Verwendung des dort vorhandenen Rasenplatzes, ein Zubau in einfacher Bauart zur Aufbewahrung der Dekoriationsgegenstände errichtet werden. Dieser Zubau soll durch Öffnungen mit dem Bühnenraum in Verbindung ge-

bracht werden, sodass der Transport der Dekorationsgegenstände in's Theater, ohne die Strasse zu benützen, möglich wird. Die Gesamtkosten des Zubaues wurden mit 60.000 RM berechnet, die sich durch geringere Geldausgaben für Arbeitslöhne (infolge des Wegfalles des Transportes aus der Gersthoferstrasse) und verminderte Reparaturkosten an den Dekorationsgegenständen im Laufe der Zeit bezahlt machen werden.

Post Nr. 9. Bericht des Leiters der Hauptabteilung Bauwesen, Architekt Georg Laub, über die Arbeiten der Hauptabteilung Bauwesen:

Im Planungsamt laufen derzeit gemeinsam mit den zuständigen Dienststellen Untersuchungen über die Führung der Stichstrassen der Reichsautobahn, über die Strassen zum künftigen Handelshafen und über die Flughafenstrasse. Daneben sind die Bearbeitungen über die Höhenstrasse (Hangstrasse), die Triesterstrasse und die Wientalstrasse im Gange.

Auf dem Gebiete der Standortausweisungen laufen derzeit die Bemühungen um ein Spital der Luftwaffe sowie um ein städtisches Krankenhaus nördlich der Donau. Im Rahmen der künftigen Flächennutzung (Generalbebauungsplan) werden derzeit auch die Standorte für mehrere Industrieanlagen bearbeitet. Dazu kommt die im Planungsamt laufende generelle Festlegung der Siedlungs- und Wohnbauvorhaben.

Das Hochbauamt meldet die Durchführung von 21 Wohnhausbauten mit 1242 Wohnungen, wovon 257 Wohnungen in diesem Jahre noch übergeben werden. Ferner einen Umbau mit 22 Wohnungen und 5 Siedlungsvorhaben mit insgesamt 1183 Wohnungen, wovon in diesem Jahre noch weitere 257 übergeben werden. Neben diesen Wohnbauvorhaben wird der Bau von zwei Getreidespeichern zu je 20.000 Tonnen im Alberner Hafen, der bereits im Frühjahr begonnen wurde, weitergeführt.

Die Arbeiten am Kühlagerhaus in St. Marx sind nunmehr auch so weit, dass mit der Schalung für den weiteren Aufbau begonnen werden konnte. Schwierigkeiten, die eingetreten sind infolge der Umleitung von grossen Hausrohrleitungen und eines Unratkanales sowie infolge der beschränkten Platzverhältnisse, konnten inzwischen

überwunden werden. Die Arbeiten für die Schweinemastanlage beim Rosenhügel werden fortgeführt.

Im Stadium der Entwurfsbearbeitung befinden sich derzeit 17 Wohnhausbauten mit 1242 Wohnungen, 4 Siedlungsvorhaben mit 1209 Wohnungen sowie 9 Umbauten von Althäusern, 4 Schulen und 4 Kindergärten. Die besonderen Schwierigkeiten bei der Fertigstellung der im Bau befindlichen Wohnhausbauten lagen in der zeitweisen Abziehung von Arbeitern für andere Bauten.

Das Tiefbauamt meldet laufende Erhaltungsarbeiten von zahlreichen Gehsteigen und Fahrbahnen. Hier ist besonders augenfällig der starke Zuwachs an Erhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten seit der Schaffung von Gross-Wien. Der Zuwachs an Wegen und Strassen beträgt rund 1200 km. An Strassenneubauten sind derzeit 44 Baustellen im Betrieb, darunter die Strassenneuherstellungen in der Nordrand-siedlung und der Umbau der Prater Hauptallee. Die Klosterneuburger Höhenstrasse ist bis auf die Seitenbankette fertiggestellt. Im Zusammenhang mit der Umlegung der Strassenbahn sind Arbeiten an der Strassenregulierung in der Zahnradbahnstrasse bei der Endstelle der Strassenbahnlinie "D", sowie an der Kliebergasse im 5. Bezirk im Gange.

Zu erwähnen wären noch die Strassenregulierungen im Kahlenbergerdorf sowie die Strassenherstellungen in der Umgebung der SS-Kasernen im Fasangarten und der Umbau der Artariastrasse im 17. Bezirk,

Besondere Beachtung im Zuge der Strassenneubauten dürfte der neuen Zufahrtsstrasse zum Hafen in Albern zukommen.

Auf dem Gebiete des Brücken- und Wasserbaues sind durch die Schaffung von Gross-Wien rund 700 Stege und Brückenobjekte zuge-wachsen, die sich zum grösseren Teile in schlechtem Zustande befinden vor allem hinsichtlich ihrer Tragfähigkeit. Dasselbe gilt von ca. 300 km Bach- und Flussgerinnen. Die dringlichsten Arbeiten sind schon in Angriff genommen so z.B. die Regulierung des Mödlingbaches bei Sittendorf und die Verbreiterung der Brücke über den Halterbach im Zuge der Hütteldorferstrasse. Besonders dringend war die Regulie-

zung des Liesingbaches und seines Vorfluters des Schwechatflusses, die für die künftige Aufschliessung der Wohngebiete am Südhange des Laaerberges und Wienerfeldes von besonderer Wichtigkeit ist. Eine genaue geodätische Aufnahme des ganzen Bachtals sowie ein umfassender Entwurf über die endgültige Ausgestaltung sind im Gange.

Auf dem Gebiete der Wasserversorgung ist erwähnenswert eine grössere Rohrlegung an der oberen Alten Donau.

Daneben laufen Studien für eine weitergehende Ausgestaltung im Hochquellgebiet.

In demselben Umfange wie bei der Strassenerhaltung werden bei den bestehenden Kanälen Instandhaltungsarbeiten durchgeführt. Es handelt sich dabei um die Fortsetzung der Auswechslung von schadhafte[n] Ziegelkanälen durch Betonkanäle.

In verschiedenen Stadtgebieten werden derzeit Entlastungskanäle durchgeführt so z.B. zur Entlastung des Alsbachkanales der Hernalser Hauptstrasse. Ebenso in der Brünnerstrasse im 21. Bezirk. In Verbindung mit Neusiedlungen werden neue Kanäle errichtet, die, wie das Beispiel der Holzweber Siedlung im 24. Bezirk zeigt, fallweise durch eine selbständige Kläranlage ergänzt werden.

Im Zuge der SS-Neubauten im Fasangarten werden die Kanäle fortgesetzt. Als grössere Massnahme wäre noch der im Bau befindliche Liesing-Sammelkanal zu erwähnen.

Auf dem Gebiete der Strassenpflege führen augenblicklich die Benzinsparmassnahmen zu einem eingeschränkten Betrieb. Den Anstrengungen seitens der Stadt zur Reinhaltung der Strassen würde die Mitwirkung seitens des Publikums zur besseren Reinhaltung der Gehsteige und Abfallrinnen sehr entgegenkommen.

Verschiedene Abteilungen erfahren derzeit zusätzliche Belastungen z.B. durch die Überwachung der Sparmassnahmen für den Verbrauch von Gas und elektrischen Strom, sowie durch die Überwachung der Kohlen- und Kokssparmassnahmen. Eine besondere Aufgabe ist derzeit dem Bäder- und Wäschereibetrieb gestellt durch den plötzlichen Zuwachs von 4 Millionen kg Wäsche aus den ehemaligen staatlichen Spitälern von Wien.

Post Nr. 10. Der Leiter der Hauptabteilung für Gesundheitswesen, Dozent Dr. Reisch, legt den Ratsherren die Erwerbung des Spitales der Buchkaufmannschaft, Wien XIX., Peter Jordanstrasse 82, zur Genehmigung vor. Die Buchkaufmannschaft schritt an den Verkauf des Spitales, um aus dem Käuferlös die Renten- und Abfertigungsansprüche ihrer Angestellten decken zu können. Der Verkaufspreis von 5 Millionen Reichsmark wird von der Stadt Wien wie folgt beglichen.

1.) Übernahme einer auf dem Objekt lastenden Hypothek von rund 640.000 RM.

2.) Übernahme einer zugunsten der Angestellten der Buchkaufmannschaft bestehenden Rentenlast vom Kapitalswerte von ungefähr 3 Millionen RM.

3.) Barauszahlung von Abfertigungen an Angestellte der Buchkaufmannschaft im Betrage von rund 900.000 RM.

4.) Der verbleibende Kaufrest von rund 460.000 RM wird im Juni 1940 bar ausbezahlt. Der Erwerb des Spitales der Buchkaufmannschaft, das zu den modernst eingerichteten Wiener Spitälern gehört und über einen Belag von 250 Betten verfügt, ist aus Zweckmäßigkeitsgründen zu vertreten, da es für die entsprechende Versorgung der Wiener Zivilbevölkerung unentbehrlich ist; er wurde nicht zuletzt dank des tatkräftigen Eintretens des Gauleiters ermöglicht. Das Spital wird nach Übernahme ins Eigentum der Stadt Wien an die Luftwaffe verpachtet, die ihrerseits von einem bereits abgeschlossenen Kaufvorvertrag nur unter dieser Bedingung zurückgetreten ist. Die Luftwaffe wird möglichst bald an den Bau eines eigenen Spitals schreiten, nach dessen Fertigstellung das Spital der Buchkaufmannschaft der Stadt Wien wieder zur Verfügung übergeben wird.

Post Nr. 11, 12, 13. Der Leiter der Hauptabteilung für Wohnungs- und Siedlungswesen, Beigeordneter Dr. Tafs, legt den Ratsherren den Verkauf einiger städtischer Liegenschaften, überwiegend im Landbezirk, zur Genehmigung vor. Im einzelnen handelt es sich um ein Haus in Schwechat, ein zweites Haus in Gumpoldskirchen und ein Grundstück in Brunn am Gebirge.

Post Nr. 14.

Entfällt.

oooOooo